

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Landkreise Lichtenfels, Kulmbach, Bamberg, Kronach, Hof und Forchheim haben den Bau von weiteren Stromtrassen abgelehnt. Die Ablehnung der unterschiedlichen Stromtrassenvarianten ist aus netztechnischen, wirtschaftlichen und umweltfachlichen Gründen nachvollziehbar und gerechtfertigt. Den Inhalt der abgegebenen Stellungnahme können Sie auf der Rückseite zur Kenntnis nehmen.

Die Gemeinde Wilhelmsthal wird sich der Resolution der Landkreise vollumfänglich anschließen und eine Stellungnahme an die Bundesnetzagentur online abgeben. Weiterhin besteht für jeden einzelnen Bürger die Möglichkeit, eine Stellungnahme zum Verlauf der Stromtrassen unter dem Link:

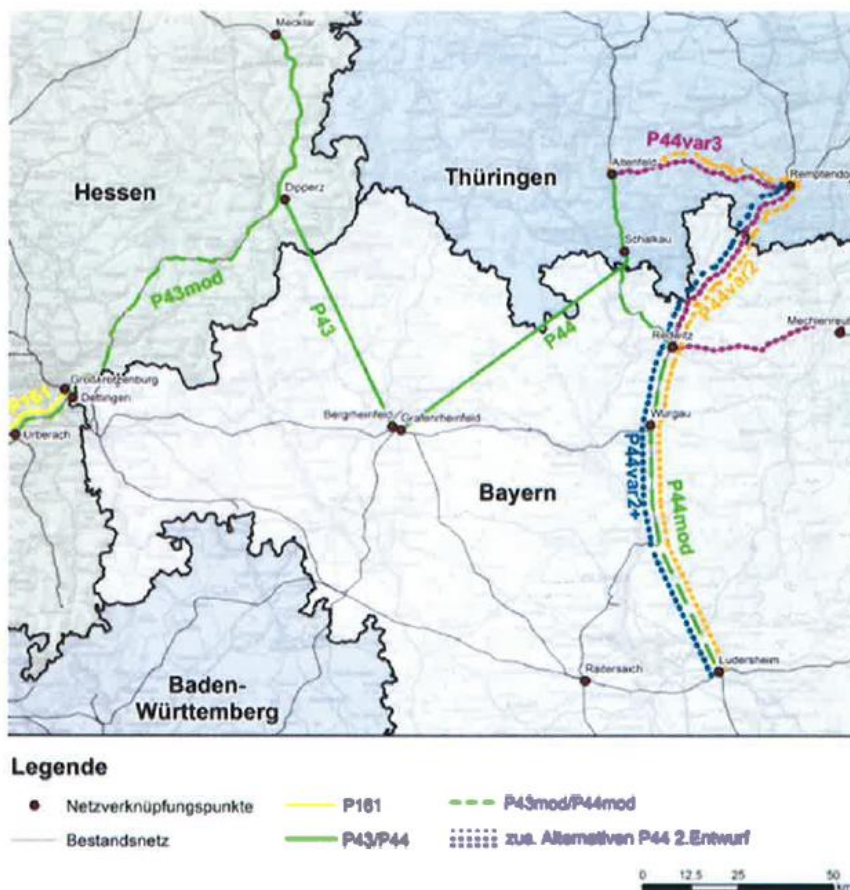
[https://www.netzausbau.de/tools/Stellungnahme\\_EWM\\_DMZ/NEPUB\\_2030\\_2017/node.html](https://www.netzausbau.de/tools/Stellungnahme_EWM_DMZ/NEPUB_2030_2017/node.html)

abzugeben.

Ziel ist es, nachdem unsere Region schon mit dem Ostbayernring der Frankenleitung von Remptendorf nach Redwitz einen großen Beitrag zum Netzausbau leistet, dass nicht noch weitere Netzausbautrassen in unserer Region, auf unserem Gemeindegebiet, errichtet werden.

Ihre

Susanne Grebner  
Erste Bürgermeisterin



# Resolution

## der Landkreise Lichtenfels, Kulmbach, Bamberg, Kronach, Hof und Forchheim zum weiteren Ausbau des Stromnetzes

Es herrscht Einigkeit in der Region: Der Bau weiterer Stromtrassen in den Landkreisen Lichtenfels, Kulmbach, Bamberg, Kronach, Hof und Forchheim wird vollumfänglich abgelehnt. Die im Prüfbericht der Bundesnetzagentur zum zweiten Entwurf des Netzentwicklungsplanes 2030 aufgeführten Trassenvorschläge P44 mod., P44 mod. Var. 2, P44 mod. 2+ und P44 mod. Var. 3 sind keine tragfähigen Vorschläge.

Die Ablehnung der Varianten ist aus netztechnischen, wirtschaftlichen und umweltfachlichen Gründen gerechtfertigt:

### 1. Netztechnische Gründe sprechen gegen die Varianten

- Keine modifizierte Trasse ist netztechnisch vorzuziehen. Die Unterschiede in der netztechnischen Leistung sind marginal und ergeben keinen Mehrwert.
- Durch den Bau der Varianten würde ein weiterer Ausbaubedarf generiert und höhere Folgekosten würden entstehen.
- Der viersystemige Ausbau ist bereits bis Schalkau abgeschlossen und alle Weichen sind für diesen Startpunkt gestellt, um einen lückenlosen Übergang nach Bayern zu gewährleisten. Ein Wechsel des Startpunktes würde die Vorarbeiten hinfällig machen und netztechnische Folgeleistungen nach sich ziehen.
- Trassen müssen dort gebaut werden, wo der Versorgungsbedarf besteht und nicht bereits mehrfach belastete Gebiete, wie unsere Landkreise es sind, erneut als Durchgangsraum herangezogen werden.

### 2. Wirtschaftliche Gründe sprechen gegen die Varianten

- Die modifizierten Trassen sind durchschnittlich deutlich länger und damit auch kostenintensiver als die Ursprungstrasse.
- Um die notwendige Leistung auf der bestehenden Trasse zu erreichen, ist kein einfaches Aufstocken der Masten möglich. Vielmehr müsste man entweder die bestehenden Leitungen entfernen und dort wieder neue höhere Masten errichten (Ersatzneubau) oder sogar neben der bestehenden Trasse eine neue zusätzliche Trasse (Parallelbau) erbauen. Beide Vorgehen wären sehr kostenintensiv und würden somit dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit widersprechen.

### 3. Umweltfachliche Gründe sprechen gegen die Varianten

- Alle vorgeschlagenen Trassenvarianten greifen in erheblichem Maß in die Schutzgüter Mensch und Umwelt, insbesondere in schützenswerte FFH-Gebiete ein.
- Eine weitere Beeinträchtigung der Kultur- und Erholungslandschaft sowie eine zusätzliche Belastung der Bevölkerung sind nicht hinnehmbar.

Wir stehen weiter zu der Energiewende, aber unsere Region trägt mit dem Ostbayernring, der Frankenleitung und der 380-kV Leitung von Remptendorf nach Redwitz bereits einen erheblichen Teil zum Gelingen des Netzausbaues von Nord nach Süd bei. Wir werden nicht hinnehmen, dass – entgegen der fachlichen Bewertung – eine deutlich längere Trasse aus rein politischen Gründen die Landkreise Lichtenfels, Kulmbach, Bamberg, Kronach, Hof und Forchheim durchschneiden soll.

Wir fordern die Bundesregierung, die Bundesnetzagentur und die Bayerische Staatsregierung auf, die Belange der Region beim weiteren Netzausbau zu berücksichtigen und von der Planung durch unsere Landkreise abzusehen.